



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 15. März 2022

PRESSEINFORMATION

Vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge: Witzel begründet wichtigen Entlastungsschritt

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel unterstützt den Vorstoß der Landtagsmehrheit, die umstrittenen Straßenausbaubeiträge zeitnah vollständig abzuschaffen. Die Koalition hat sich soeben mit ihren Beschlüssen verpflichtet, Wohneigentümer sogar rückwirkend um diese Aufwendungen zu entlasten.

Witzel begründet diese Maßnahme: „Wir haben bereits in einem ersten Schritt Ende 2019 die Halbierung der Kosten für den Straßenumbau umgesetzt. Jetzt ist es folgerichtig, diesen Weg konsequent weiter zu gehen. Nach über 50 Jahren ohne Änderungen nehmen wir nun die zweite Entlastung beim Kommunalabgabengesetz vor. Bürger sind in der Vergangenheit oftmals in vier- oder fünfstelliger Höhe zur Kasse gebeten worden, wenn die öffentliche Infrastruktur vor der eigenen Haustür umgebaut wurde. Ein Mitspracherecht zur Sinnhaftigkeit von Baumaßnahmen hatten sie dabei nicht und damit auch keine Widerspruchsmöglichkeit gegen fragwürdige Luxussanierungen oder ungewollte Eingriffe in die Infrastruktur. Zukünftig und rückwirkend werden die Bürger von hohen Kosten für den Wohnungsbestand spürbar finanziell entlastet und damit zugleich auch Fehlanreize gestoppt, die öffentliche Infrastruktur kontinuierlich verfallen zu lassen, um die Kosten den Anwohnern danach bei der Neuerrichtung aufzubrummen.“

Kosten des Straßenumbaus betreffen Wohneigentümer unmittelbar und haben ebenfalls die Mietpreise indirekt in die Höhe getrieben. Die aktuelle finanzielle Entlastung des Wohnungsmarktes ist nach Auffassung der FDP ein wichtiges Signal gerade in Zeiten, in denen die zweite Miete über Energie- und Nebenkosten stark steigt. Die aktuellen Entscheidungen finden die breite Unterstützung von Verbänden und lokalen Initiativen auch in Essen sowie vom Bund der Steuerzahler. Die öffentliche Verantwortung für den Infrastrukturerhalt werden jetzt nur noch das Land und die Kommune partnerschaftlich ohne Heranziehung der Bürger wahrnehmen.